

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Drucker: R. Graubmann in Stettin, Kirchplatz 8-10.  
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.  
Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.  
Agenturen in Deutschland: In allen grösseren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin, Bern, Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Graubwald G. Illies,  
Halle a. S. J. A. Barck & Co., Hamburg Joh. Neubauer, A.  
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Abend-Ausgabe.

Deutschland.

**Berlin, 7. April.** Die Meldung, daß 15  
Offiziere wegen der Rolle, die sie im hannover-  
schen Spielerprozeß gehabt haben, entlassen wor-  
den sind, bestätigt sich insoweit, als in der That  
gegen eine größere Anzahl jener Offiziere auf ver-  
schiedene Arten der Entlassung erkannt worden  
ist, je nach dem Grade der Verschuldung, der sie  
trug. Abgesehen von diesen Offizieren, die jetzt das  
Heer verlassen müssen, sind, so schreibt die „Köln.  
Ztg.“, auch gegen die meisten anderen an dem  
Prozeße Beteiligten, die in minder hohem Grade  
beteiligt waren, Strafen geringeren Grades ver-  
hängt worden, und wir glauben, daß kein einziger,  
der sich an jenen Glücksspielen betheiligt hat, straf-  
frei gelassen ist. Wenn die endliche Regelung  
dieser Angelegenheit erst jetzt erfolgt ist, so ist das  
mit dem Umstände zusammenhängend, daß, wie bereits  
vor einiger Zeit bekannt wurde, nicht alle ehrs-  
gerichtliche Erkenntnisse, angeblich wegen zu  
großer Nachsicht, die kaiserliche Bestätigung er-  
halten haben, und daß deshalb die Abhaltung  
neuer Ehrengerichte nötig wurde. In jedem  
Falle ist jetzt eine strenge Sühne eingetreten, und  
es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß sie auf  
die betreffenden Kreise eine erzieherische Wirkung  
nicht verfehlen wird, da es nun klar ist, daß der  
Kaiser solche Vergehen sehr streng auffaßt, und  
seht entschlossen ist, das Spiel in der Armee un-  
erbittlich auszurotten. Da eine Veröffentlichung  
der ergangenen Verabschiedungen im „Militär-  
Wochenblatt“ erfolgen wird, scheint fraglich, ob  
wenigstens nach der bisher befolgten Praxis solche  
Verabschiedungen nicht veröffentlicht zu werden  
pflegen. Diese Offiziere werden einfach aus der  
Dienstliste gestrichen und in der nächsten Dienst-  
liste findet man nur unter der Rubrik „Abgang“ am  
Schlusse unter dem Namen „Abg. Abg.“  
(außerdem Abgang) die Namen der betreffenden  
ohne weitere Begründung angeführt. Ob man  
in Anbetracht des besondern Charakters des  
hannoverschen Spielerprozeßes diesmal von dem  
sonst üblichen Brauche abgehen und eine Ver-  
öffentlichung der Namen eintreten lassen wird,  
scheint, wie gesagt, noch nicht festzustellen.

Der nationalliberale Abgeordnete Dr.  
Sattler hat einen Generalbericht über den preussischen  
Staatshaushaltsetat für 1894-95 ange-  
arbeitet und darin ein Gesamtbild der Finanz-  
lage entworfen. Dieser Bericht wird demnächst  
der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses  
gehen. Es handelt sich bei diesem Bericht um  
den Versuch durch die Mehrheit des Abgeordnet-  
hauses, die der Reichsreform des Herrn  
Winkel viel wohlwollender gegenübersteht als der  
Reichstag, einen Druck auf den Reichstag auszu-  
üben. Der Bericht kommt aber diesmal zu  
spät, er wird an dem Entschlusse des Reichs-  
tages, die Reform fallen zu lassen, nichts mehr  
ändern.

Die Höhe der zum Besten für die Hinter-  
bliebenen der am 16. Februar auf dem Ranz-  
schiff „Brandenburg“ verunglückten Personen  
angebrachten Summe ist jetzt durch die  
Dienstreue der weitesten Kreise Deutsch-  
lands auf nahezu 130 000 Mark an-  
gewachsen, so daß der durch die Prinzessin Heinrich  
von Preußen erlassene Anlauf seinen Zweck voll-  
ständig erreicht hat. Der Kieker Anschlag zur  
Vertheilung dieser Summe ist somit in den Be-  
sitz von Mitteln gelangt, welche wohl geeignet sind,  
einer ersten Noth zu steuern zu können, ganz ab-  
gesehen davon, daß die Hinterbliebenen schon nach  
den Paragraphen des Unfallversicherungsgesetzes  
eine Unterstützung erhalten. Der Gedanke liegt  
daher bei der Vertheilung wohl sehr nahe, auch  
jener Hinterbliebenen zu denken, die nicht die  
allfälligen erbschaftlichen Unterhaltungen und Pen-  
sionen nach dem Unfallversicherungsgesetz, sondern  
nur nach dem Invalidenversicherungsgesetz n. l. w.  
beziehen, wie es der Fall bei den Zurückgebliebenen  
nach dem Unfall auf der „Vaden“ am 3. August  
vorigen Jahres, ja, auch bei jenen nach den Un-  
glücksfällen bei Apia vom März 1889 ist. Thatsäch-  
lich beziehen die Hinterbliebenen jener Un-  
glücksfälle n. l. w., die doch nicht weniger einen  
Heldentod gestorben wie jene unglücklichen Opfer  
an der „Brandenburg“, außer den kleinsten Pen-  
sionen nur sehr mäßige Unterhaltungen aus den  
betreffenden Fonds des Reichsmarine-Amts,  
da naturgemäß der Behörde selbst für derartige  
außerordentliche Unterhaltungen nur sehr gering-  
fügige Mittel zu Gebote stehen. Der Anschlag  
würde daher zweifellos auch im Sinne der hoch-  
herzigen Spender nur gerecht verfahren, wenn  
man bei der Vertheilung auch ein wenig der von  
anderen Unfällen Betroffenen sich erinnern wollte.

Neuerdings gehen wieder Meldungen durch  
die Blätter, welche von einer Reform der In-  
validitäts- und Altersversicherung prinzipielle Ände-  
rungen des bisherigen Versicherungssystems er-  
warteten. Davon kann, wenigstens vorläufig, nicht  
die Rede sein. Es ist allerdings daran gedacht  
worden, nachdem die Krankenversicherungsnovelle  
naumehr schon länger als ein Jahr Gesetz ge-  
worden ist und die Unfallversicherungreform die Ge-  
stalt von Gegenständen angenommen hat, die  
wohl in der nächsten Tagung den Reichstag be-  
schäftigen werden, auch an eine Revision der In-  
validitäts- und Altersversicherung heranzugehen.  
Dabei ist aber von vornherein der Grundgedanke  
aufgestellt worden, an den Grundlagen des Ver-  
sicherungssystems nichts zu ändern, sondern die Um-  
gestaltung auf die Abstellung der Mängel und  
Beschränkungen, welche sich bei der Ausführung des  
Gesetzes vom 22. Juni 1889 gezeigt haben. Was  
insbesondere dabei die Methode der Aufbringung  
der Beiträge betrifft, so geht man einmal Bei-  
tragsmarken für längere Zeiträume auszugeben  
und sodann die Quittungskarte durch ein Pen-  
sionsbuch für längere Zeiträume zu ersetzen. Da-  
mit glaubt man der Mehrzahl der bei der Aus-  
führung des genannten Gesetzes auftretenden  
Schwierigkeiten ein Ende zu bereiten. Denn hauptsächlich  
ist es von den Arbeitgebern und Arbeitern im Be-  
zuge der Versicherungsanstalten, welche weder  
Kranken- noch Altersversicherungen mit der  
Einzahlung der Beiträge beauftragt haben, schwer  
empfohlen worden, daß sie durch die zur Aus-  
führung des Gesetzes nötigen Arbeiten zu häufig  
in Anspruch genommen werden. Um diese  
durch die beiden Veränderungen recht gut abzu-  
heben. Natürlich würden solche Veränderungen auch Ände-  
rungen des Gesetzes auf anderen Gebieten nach sich  
ziehen. So müßten beispielsweise die Bestim-  
mungen über den Abzug des auf die Arbeiter ent-  
fallenden Anteils bei der Lohnzahlung, über die  
Trift für das Einkommen der Arbeiter u. a. m. um-  
gestaltet werden. Auch würde sich eine Novelle  
zum Gesetz über die Invaliditäts- und Altersver-

sicherung auf die eben dargelegten Punkte nicht  
beschränken können. Es haben sich auf anderen  
Gebieten während der drei Jahre der Thätigkeit  
der Versicherungsanstalten gleichfalls Uebelstände  
bemerkbar gemacht, die nur durch Gesetzesän-  
derung aus der Welt zu schaffen sind. Sicher  
aber kann man sein, daß nicht daran gedacht wird,  
an den Grundlagen des gegenwärtigen Gesetzes  
zu rütteln. Ueber den Zeitpunkt, zu welchem die  
gesetzgebenden Faktoren des Reichs mit der An-  
gelegenheit befaßt werden sollen, ist man noch nicht  
schlüssig geworden.

Der preussische Finanzminister hat an die  
Provinzial-Steuerdirektoren einen Erlaß über die  
Änderungen des Zollsatzes im Falle des In-  
krafttretens des Handelsvertrages mit Spanien  
erlassen, welcher durch die bereits von uns mit-  
getheilten durch den Bundesrat vorzunehmenden  
Änderungen des amtlichen Warenverzeichnisses  
bedingt ist.

Bekanntlich gehen die Bestrebungen der  
Thierärzte ebenso wie die des größten Theiles der  
Apotheker darauf hinaus, das Abiturientenexamen  
als Vorbereitung für ihr Studium eingeführt zu  
sehen. Diese Bestrebungen haben bei der  
Mehrheit der Unterrichtskommission des preussischen  
Abgeordnetenhauses Zustimmung gefunden. Wie  
aus einem soeben herausgegebenen Berichte dieser  
Kommission hervorgeht, hat die Mehrheit der-  
selben die Ansicht, daß die gegenwärtig geltenden  
Bestimmungen über die Vorbereitung für die  
Kandidaten der Thiermedizin nicht mehr völlig  
genügen, daß auch für sie eine gewisse Ab-  
schließung der Vorbildung, wie sie durch  
Absolvierung der neuerrichteten höheren Schulen  
(Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen) gegeben  
werden solle, in hohem Grade erwünscht sei. Es  
wurde anerkannt, daß durch den augenblicklichen  
Stand der thierärztlichen Wissenschaft und die  
demgemäß gestiegenen Anforderungen des Lehr-  
planes der thierärztlichen Hochschulen auch ein  
höheres Maß von Vorkenntnissen bedingt werde  
und daß bei der eminenten Wichtigkeit der thier-  
ärztlichen Thätigkeit für die Landwirthschaft nicht  
nur, sondern selbst für die sanitären Zustände der  
Bevölkerung eine möglichst umfassende und tiefe  
Vorbildung der Thierärzte geboten werden  
müsse und dies um so mehr, da heutzutage die  
meisten Landwirthe bei der Art ihrer Vorbildung  
schon eine erhebliche Summe von Kenntnissen in  
der Thierheilkunde besitzen. Es wurde schließlich  
beschieden, daß wegen der hohen Bedeutung des Be-  
rufes der Thierärzte auch das Streben derselben,  
eine dieser Bedeutung entsprechende höhere soziale  
Stellung zu gewinnen, für unbedenklich nicht zu  
erachten sei. Dessen Standpunkt hat die Mehr-  
heit der Unterrichtskommission des preussischen Ab-  
geordnetenhauses dadurch Ausdruck gegeben, daß  
bei dem Plenum den Antrag stellt, eine auf Ein-  
führung des Abiturientenexamens als Vorberei-  
tung für das thierärztliche Studium gerichtete  
Eingabe der Regierung als Material zu über-  
weisen.

**Koburg, 6. April.** Zur Hochzeit am hiesigen  
Hofe werden erwartet: Die Königin Viktoria,  
der Kaiser Wilhelm, Kaiserin Friedrich, Prinz  
Wales, Herzog und Herzogin Connaught, Prinz  
und Prinzessin Heinrich von Preußen, die Groß-  
herzöge Vladimir und Sergius von Rußland mit  
Gemahlinnen, Prinz Heinrich, Prinzessin Alix von  
Dänemark, Prinz und Prinzessin Ferdinand von Ru-  
mänien, Prinz Wilhelm von Hessen, Erbprinz und  
Erzprinzessin von Weimar, Prinz Philipp von  
Koburg und Gemahlin, Prinz und Prinzessin  
Ludwig von Baden, die Prinzen Heinrich und  
Ludwig von Dänemark und Gemahlinnen, Graf  
Mensdorff. Vor dem Kaiser findet große Parade  
aller Koburger Kreuzzugvereine statt.

Österreich-Ungarn.

**Wien, 6. April.** Das Abgeordnetenhaus  
setzte heute die Generaldebatte über das Budget  
fort. Krainarz hob hervor, man könne den Jungs-  
gehen ein Kollektiv mit der Arbeiterschaft nicht  
vorwerfen. Die Jungsgehen hätten gegen die  
„Mladina“ nichts gesagt, weil sie in den De-  
monstrationen derselben nur den Ausdruck der Er-  
bitterung des böhmischen Volkes erblickten.  
Vojnatz führte aus, daß die Slovenen sich der  
Koalition angeschlossen haben, weil an der Spitze  
der gegenwärtigen Regierung ein Mann stehe, der  
von dem Gefühle der Gerechtigkeit durchdrungen  
sei. Wachtanin erklärte namens der Ruthenen,  
dieselben seien leicht für die Regierung zu ge-  
winnen, wenn die letztere den gerechten Wünschen  
der Ruthenen Rechnung trage. Aufgab dem  
Schmerz über das Ableben Schmeytals Ausdruck.  
Er blickte mit Verwirrung auf die bisherigen  
Leistungen der Koalitionsregierung. Redner wies  
auf die Bedeutung des abzuschließenden Handels-  
vertrages mit Rußland hin und erklärte unter  
Beifall, er habe Vertrauen zu der Regierung.  
Nächste Sitzung morgen.

**Wien, 6. April.** Die hiesigen Banarbeiter  
veranstalten am Sonntag vier große Versamm-  
lungen, welche, falls bis dahin ihre im März ge-  
stellten Forderungen unersüllt bleiben, den sofortigen  
Streik beschließen sollen. Die Forderungen be-  
treffen: Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung  
der Affordarbeit, Feststellung einer neuen  
Arbeitsordnung und genossenschaftliche Arbeits-  
vermittlung. Die Arbeitgeber haben jüngst  
erst diese Forderungen abgelehnt. Der Streik soll  
ein allgemeiner sein und angeblich 50 000 Arbeiter  
umfassen.

Aufsehen erregt die heutige dem Stadtrat  
Schneiderman gegenüber getragene Vernehmung des  
Kaisers: „Im Wiener Gemeinderath wird zu  
viel geredet, es sollte mehr gearbeitet werden!“  
Sammlische Holzhändler aus Wien, sowie die  
Baubildner mehrerer Ateliers haben gestern die  
Arbeit eingestellt, weil die Arbeitgeber die im Vor-  
jahr bewilligte achtstündige Arbeitszeit wieder in  
die neunstündige verwandelt.

**Brag, 6. April.** Auch die Eichenblätter  
widmen Dr. Schmeytal einen anerkennenden Nach-  
ruf; der Leichenfeier werden sämtliche deutsch-  
böhmische Abgeordnete beiwohnen. Zu dem Leichen-  
begängnisse gehen Separatzüge nach Böhmisch-  
Leipa ab. An der Bahre werden in Brag und  
Leipa je drei Reiter sprechen. Im Laufe des  
Tages trafen überaus zahlreiche Beileidbesun-  
dungen ein. Finanzminister Dr. v. Plener zeigte  
seine Theilnahme am Leichenbegängnisse tele-  
graphisch an.

**Abbazia, 6. April.** Die Kaiserin Auguste  
Victoria brachte den Vormittag mit den kaiserlichen  
Prinzen im Park und unternehm am Nach-  
mittag mit den älteren Prinzen einen Ausflug zu  
Wagen nach Verona, wohin die jüngeren Prinzen

in Begleitung einer Hofdame mittelst Solabampfers  
fahren.

Schweiz.

Die Ausstellung belgischer Industrie-  
produkte, welche zum Export nach der Schweiz ge-  
eignet sind, wird in Genf während der Zeit vom  
15. Juli bis 15. September stattfinden. In den  
belgischen Interessentenkreisen zweifelt man an  
einem vollen Erfolg dieses Unternehmens umso-  
weniger, als das wirtschaftspolitische Verhältnis  
zwischen der Schweiz und Frankreich eher gespannt  
dem freundlicher wird. Die metallurgischen,  
Nahrungsmittel- und kunstgewerblichen Branchen  
nehmen unter der Zahl der Aussteller den ersten  
Platz ein. Um den Schweizern einen Beweis der  
gänzlichen Uneigennützigkeit des Ausstellungsunter-  
nehmens zu liefern, ist beschlossen worden, den ge-  
samten Ertrag an Eintrittsgeldern der Stadt  
Genf zu wohlthätigen Zwecken zu übermitteln.

Belgien.

Der „Königliche Keitklub“ in Brüssel  
will den Versuch machen, ob es gelingt, im Kon-  
grefe Pferde für den Bedarf der belgischen Ka-  
vallerie zu züchten. Nach der an der Wundung  
des Kongo belegenen Mapeta, wo bereits  
vor vier Jahren der Anfang mit einem Gessitt  
gemacht ist, sollen in diesen Tagen ein Hengst und  
neun Stuten edler Race eingeschifft werden. Die  
hierher an genannter Insel erzielten Zuchterfolge  
sind nicht gering, lassen aber die Frage  
unentschieden, ob die dortigen Verhältnisse der  
Produktion eines für Kavalleriezwecke brauchbaren  
Pferdematerials günstig sind. Das Experiment  
erregt daher die lebhafteste Theilnahme aller  
interessirten Kreise.

Frankreich.

Die französische Sozialdemokratie ist schon  
inmitten der eifrigsten Agitation für die inter-  
nationale Arbeiterfeier des 1. Mai begriffen. So-  
eben hat der „Nationalrath der französischen  
Arbeiterpartei“ einen Aufruf an die Genossen über  
„camarades“, wie man dort sagt, erlassen, der mit  
bombastischen Phrasen zur Vernichtung der  
bestehenden Ordnung auffordert. Herr Jules  
Guesde und sein Generalsekretär erwarten von dem  
Frankreich der Arbeit und der Sozialdemokratie,  
daß es diesmal an der Spitze der „großen Welt-  
manifestation des 1. Mai“ marschiere. Das sei  
um so mehr seine Pflicht, „als es an Stärke be-  
deutend gewonnen und seinen Gegner mehr zu  
bekämpfen hat als die bis ins innerste Mark ver-  
fallene Bourgeoisie“. Das einzige, worauf sich der  
französische Vorgeeist nach führen kann, sind  
nach Herrn Guesde „die Nothstände der Anarchie“.  
Er geht nicht soweit, zu behaupten, daß die Re-  
gierung und Bourgeoisie die als Sprengbombe-  
behälter zu verwendenden anarchischen „Noth-  
stände“ auf Verleumdung auferlegen lassen; es wird  
nur angegeben, daß die Bourgeoisie die mit  
anarchistischen Bombenmännern ein Herz und  
eine Seele sei und eins ohne das andere nicht  
mehr leben könne. Natürlich sind Jules Guesde  
und Co. eifrig bemüht, „nachzuweisen“, daß  
zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus ein  
unüberbrückbarer Abgrund liegt, während Bour-  
geoisie und Sprengbombeverwerfer so ungetrennt  
zusammengehören wie Licht und Schatten; das  
hindert aber nicht, daß die französischen Arbeiter-  
führer, genau wie ihre deutschen Freunde, indirekt  
den Dynamitjungen, wo sie können, die Stange  
halten. Soll die Manifestation des 1. Mai den  
französischen Bourgeois und Arbeitgebern wirklich  
imponiren, d. h. einen „heilsamen“ Schrecken ein-  
jagen, so kann es, das sehen die Führer der Be-  
wegung selber ein, nichts schaden, wenn bis dahin  
noch einige „Nothstände“ springen und eifrige harm-  
lose Leute in die Luft gefahren werden. Auch der  
Regierung kann, nach sozialdemokratischem Maß-  
stabe, ein Denzettel im Gestalt eines anarchischen  
Attentats gar nicht schaden, damit sie etwas  
geflügelter gegen die Wünsche des „arbeitenden  
Volkes“ wird. Es ist daher leicht möglich, daß in  
der Zeit bis zum 1. Mai Paris noch  
mangelnde Ueberzeugungen erlebt, von denen die  
sozialdemokratischen Arrangements der Maidemonstra-  
tion natürlich vorher nicht verrathen.

**Paris, 6. April.** Der „Temps“ bespricht  
in eingehender Weise die Nothwendigkeit, Frankreich  
in einen besten Vertheidigungszustand zu setzen.  
Er bemerkt dabei, man könne über die Lösung der  
Vertheidigungsfrage verschiedener Meinung sein; eins  
aber sei über jeden Zweifel erhaben, daß man  
ohne Bezug sämtliche Truppen an der Strenge  
auf Kriegsfuß stellen müßte, da der  
gegenwärtige „verklärte Effektivstand“ in keiner  
Weise dem Kriegsfuß der deutschen Truppen ent-  
spreche.

Italien.

Betreffs der Zusammenkunft des Kaisers  
Wilhelm mit dem Könige von Italien liegen  
folgende Telegramme vom gestrigen Tage vor:  
Pola. Kaiser Wilhelm begab sich heute  
Vormittag 10 1/2 Uhr in Begleitung des Kapitäns  
Roch an Land. Die „Moltke“ hieß die öster-  
reichisch-ungarische Flotte am Großtopp und gab  
den Geleitschiffen von 21 Schiffen, welchen das  
Hafenwachschiff „Dobruja“ erwiderte. Der  
Kaiser, welcher deutsche Admiralsuniform trug,  
besichtigte in Begleitung des Erzherzogs Karl  
Stefan, des Admirals Freiherrn v. Sierneck und  
sämmlicher in Pola anwesenden Admirale die  
Konstruktionsverhältnisse des Marinearsenals und  
die Kriegsschiffe „Elisabeth“, „Franz Josef“ und  
„Tegethoff“. Um 1 Uhr nahm Se. Majestät mit  
der Suite das Diner bei dem Erzherzog Karl  
Stefan an Bord der „Moltke“. An der Frei-  
schiffahrt nahmen noch Prinz Philipp von Koburg,  
Admiral Freiherr v. Sierneck, Oberstleutnant  
Graf Eysenach, der Flaggenschiff und die Schiffs-  
kommandanten der in Pola ankernden Schiffs-  
division Theil.

Venedig. König Humbert ist um 2 Uhr  
16 Minuten hier eingetroffen und von den Spitzen  
der Behörden empfangen worden. Die zahlreich  
anwesende Bevölkerung begrüßte den König mit  
enthusiastischen Kundgebungen. Vom Bahnhofe  
aus begab sich der König mittelst einer Gondel,  
welcher eine große Anzahl reich geschmückter  
Boote folgte, nach dem königlichen Palais, auf  
dem ganzen Wege von der Bevölkerung lebhaft  
beglückwünscht. Später erschien der König auf dem  
Balkon des Palais, um der Volksmenge, welche  
den Markus-Platz füllte, zu danken.

Großbritannien und Irland.

**Londen, 6. April.** „Times“ und „Standard“  
berichten in Leitartikeln die Friedensausichten

der Zusammenkunft der beiden Kaiser. Die  
„Times“ hebt als charakteristisches Zeichen der  
internationalen Politik der Gegenwart die Leichtig-  
keit des persönlichen Verkehrs unter den Monarchen  
hervor. Vor 20 Jahren hätten Zusammenkünfte  
von Monarchen die Preise auf allen Völkern  
Europas gedrückt, weil sie Krieg bedeuteten, heute  
aber seien sie eine Friedensgewähr. Der Drei-  
bund habe sein Werk gethan, so daß die bisherige  
Spannung einer größeren Ruhe mit der Hoffnung  
auf Verminderung der Rüstungen Platz mache.  
Auch sei es klar, daß der Zar den Frieden  
wünsche und dem Bündnis mit den explosiven  
Kräften Frankreichs misstraue. Frankreich verleihe  
seiner ruhelose alle Mächte. Der „Standard“  
betont, daß nichts den Zaren zu hindern brauche,  
mit den Haupten des Dreibundes auf gutem  
Fuße zu stehen, da der Dreibund den Frieden be-  
zwecke. „Times“ und „Standard“ halten trotz  
der halbamtlichen Aeusserungen an der Wahr-  
scheinlichkeit einer Begegnung zwischen dem Zaren  
und dem deutschen Kaiser im Herbst fest.

Der Pariser Berichterstatter des „Standard“  
bemerkt, England würde sich täuschen, wenn es  
die baldige Räumung Schantabums erwarte. Ein  
französischer Beamter, darüber befragt, habe er-  
klärt: „Natürlich werden wir Schantabum räu-  
men. Wir glauben auch, daß ihr Egypten räu-  
men wollt; warum wollt ihr uns nicht  
glauben?“

Amerika.

**Newyork, 20. März.** Mit wachsender  
Spannung verfolgt man gegenwärtig alle Nach-  
richten, die aus Washington in Ohio kommen und  
mit dem abenteuerlichen Vorhaben des dortigen  
reichen Steinbruchbesizers Copey, am 1. Mai  
d. 3. eine nach Hunderttausenden zählende Armee  
von Beschäftigten aus den Stufen des  
Kapitols zu Washington zu ver sammeln, im Zu-  
sammenhang stehen. War man beim Auftauchen  
der ersten Nachrichten geneigt, das Ganze für  
einen schlechten Scherz, für die lustige Erfindung  
eines sensationssüchtigen Zeitungsschreibers  
zu halten, so zeigen doch alle neueren Mittheilungen  
aufs bestimmteste, daß der Plan, so abenteuerlich  
er erscheinen mag, zur Ausführung gelangen soll.  
Schon beginnt man im Kongreß sich mit der An-  
gelegenheit zu beschäftigen und schon sehen sich  
auch die Behörden der Staaten Pennsylvania und  
Maryland der Frage gegenübergestellt, was  
zu thun sei, wenn Copeys Armee wirklich das  
Durchzugsrecht begehrte. Aufsehen erregte die  
Thatsache, daß der Abgeordnete Puffer am 19.  
März im Kongreß zwei Gesetzentwürfe einbrachte,  
die ihm zu diesem Zwecke von dem Schöpfer der  
„Industriellen Armee“ gestellt worden waren.  
Es handelt sich in dem ersten Entwurf um die  
Ausgabe von 500 Millionen Dollar, also zwei  
Millarden Mark, in Schatznoten mit voller gesetz-  
licher Zahlungskraft zur Bildung eines Fonds für  
Straßenbauten, die auf Betreiben des Staats-  
sekretärs für das Kriegswesen mittelst einer monat-  
lichen Ausgabe von 20 Mill. Dollar von einem  
bestimmten Zeitpunkt an beginnen sollen. Die  
Arbeiten sind auf die verschiedenen Bundesstaaten  
nach Maßgabe der Weizenzahl der bestehenden  
Straßen zu vertheilen. Der gewöhnliche Tage-  
lohn soll nicht unter 1 1/2 Dollar, die Zulage für  
ein Gehpaß nicht unter 2 Dollar betragen für  
ein achtstündiges Tagewerk. Der zweite Entwurf  
will jedem Staate, jeder Stadt oder Gemeinde bei  
der Ausschreibung einer öffentlichen Arbeit das  
Recht ertheilen, beim Staatsgange auf 25 Jahre  
ein hypothetisches Darlehen bis zur Hälfte des  
Werthes der legenden Güter des Entleiheres auf-  
zunehmen. Das Darlehen soll unverzinst sein  
und mit jährlich 4 Prozent abbezahlt werden.  
Der Bundesgange soll das Darlehen in eben-  
solchen Noten verbriefen, unter Zurück-  
behaltung von 1 Prozent für Druckkosten.  
Was nun die „Industrielle Armee“ betrifft, so  
beschäftigt Copey mit den bis zum 25. März in  
Washington Eingetroffenen am selben Nachmittag,  
also am ersten Nierseiertage, aufzubereiten. Da  
der gewählte Weg zahlreiche Fabriorte berührt,  
deren Arbeiterbevölkerung zum Theil seit längerer  
Zeit beschäftigungslos ist, so erwartet Copey, daß  
von Drückheit zu Drückheit seine Armee sich ver-  
größern werde, so daß ihre Kopfzahl am Ziele  
auf Hunderttausende beziffert möge, eine  
Schlußfolgerung, die nicht unmöglich ist, da an-  
genommene wird, daß auch aus Baltimore,  
Philadelphia, Newyork und andern Städten gleich-  
falls große Massen Beschäftigungsloser sich ein-  
finden werden, um mit Copeys Armee gemeinsam  
auf den Kongreß einen Druck zur sofortigen An-  
nahme der obigen Vorlage auszuüben. Zu diesem  
Zwecke ist der 1. Mai auserkoren worden. Um  
rechtzeitig zur Stelle sein zu können, ist eine in  
Kalifornien zusammengetretene Abtheilung in der  
Stärke von angeblich 600 Mann bereits am 16.  
März von Los Angeles aufgebrochen. Um zu ver-  
meiden, daß sie viel gewaltsam eines der ver-  
stehen gegebenen Ziele bemächtigen, dulden es die  
Behördenverwaltungen, daß jene Leute streckenweise  
ganz frei oder zu hohen Preisen befördert werden,  
während ihre Verpflegung mit Lebensmitteln viel-  
fach durch die Einwohner der Drückhaften am  
Wege geschieht. Ob und welche Schritte die ver-  
schiedenen Staatsbehörden, insbesondere diejenige  
des Distrikts Kolumbia zu thun gedenken, um  
den zweifellos die größten Gefahren in sich bir-  
genden Einmarsch einer aus den verschiedensten  
Elementen zusammengefügten Menge von arbeits-  
und mittellosen Menschen abzuwehren, ist bisher  
gänzlich unerörtert geblieben. Zu ernstern Blät-  
tern hingegen beginnt man damit, der felsamen  
Bewegung die größte Beachtung zuzuwenden.  
Diese Bewegung ist im Grunde genommen nichts  
weiter als ein Ausbruch der allenthalben herr-  
schenden Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen  
untragbaren Zuständen, für deren Verheerung man  
in erster Linie den Kongreß verantwortlich macht,  
der nichts dazu beibringe, durch eine schnelle Ver-  
lebung der Tariffrage der Unsicherheit aller Ver-  
hältnisse ein Ende zu bereiten.

Australien.

Nach einer Depesche am das Oberkommando  
der Marine ist der Kreuzer „Falk“ von Sidney  
nach Apia abgegangen, er wird daher in etwa 14  
Tagen daselbst eintreffen. Ihm wird in Kürze  
wohl auch der Kreuzer „Buffard“ dahin folgen.  
Der letztere ist am 23. März von Auckland (Neu-  
Seeland) in Sidney eingetroffen. Mit dem Ge-  
schiffen der Kriegsschiffe in Apia — wahrlich-  
lich wird um dieselbe Zeit auch ein englisches  
Kriegsschiff dort eintreffen — ändert sich die Lage  
insoweit, als König Malletta eine starke Stütze  
erhält und den unruhigen Elementen gegenüber

in eine bessere Lage kommt. Der neue Aufstand  
dürfte dann bald unterdrückt werden. Bekannt-  
lich hat auch der amerikanische Konsul in Apia  
seine Regierung bringend um Hinführung eines  
Kriegsschiffes gebeten; es wird sich fragen, ob  
das Kabinett von Washington dem Gesuche nach-  
kommt, da es im vorigen Jahre bei den wichtigen  
Vorgängen nicht mit einem Kriegsschiff vertreten  
war und die Hilfe zur Unterdrückung des Auf-  
standes den Deutschen und Engländern überließ.  
Ueberhaupt ist die Haltung der nordamerikanischen  
Union zu den Samoafragen gegenwärtig ganz  
unverständlich. Es ist bekannt, daß der Senator  
Morgan, der Vorsitzende des Ausschusses für aus-  
wärtige Angelegenheiten, sich mit der Absicht der  
Veröffentlichung dahin geäußert hat, daß der  
Samoa-Vertrag geändert werden müsse. Mit  
diesem Ausspruch steht der Senator in schärfstem  
Widerstand zu den Anschauungen und dem bis-  
herigen Verhalten der nordamerikanischen Staats-  
männer in Bezug auf die Samoa-Angelegenheiten.  
Da aber Dr. Morgan als Vorsitzender des aus-  
wärtigen Ausschusses solche Aeusserungen nicht gut  
ohne einen gewissen Hintergrund und ohne Füh-  
lung mit den leitenden Personen gemacht haben  
kann, so liegt die Annahme nahe, daß das Kabinett  
des Präsidenten Cleveland auch in Samoa eine  
andere Politik als die frühere Regierung einzu-  
schlagen gewillt ist. Die Haltung der Nord-  
amerikaner zu den Vorgängen auf Hawaii hat  
schon gezeigt, wie verschieden die Ansichten Cleve-  
lands und seiner Minister von denen des früheren  
Präsidenten Harrison waren. Unbeseitigt ist das  
Kabinett von Washington in seinem Verhalten zu  
Hawaii nicht konsequent geblieben; unterstützte  
man anfangs die Wiedereingliederung der Königin, so  
scheint man jetzt nicht mehr diesen Standpunkt  
behalten zu wollen. In Bezug auf die  
Samoa-Angelegenheit läßt sich daher gar nicht  
absehen, was von der Regierung in Washington  
beabsichtigt wird.

Der Kreuzer „Falk“ war bekanntlich be-  
stimmte, den neuen Bundeshauptmann für die  
Marshall-Inseln Dr. Bremer von Sidney nach  
Salut zu bringen. Dr. Bremer trifft mit dem  
fälligen Dampfer des Norddeutschen Lloyd etwa  
am 12. April in Sidney ein, also genau eine  
Woche nach der Abfahrt des „Falk“. Der letztere  
kann nicht sobald nach Australien zurückkehren;  
der neue Bundeshauptmann wird daher mit einem  
anderen Schiffe nach seinem Bestimmungsort ge-  
bracht werden müssen. Der „Buffard“ würde  
gerade rechtzeitig in Sidney anwesend sein, um  
diese Sendung zu übernehmen.

Stettiner Nachrichten.

**Stettin, 7. April.** Auf Veranlassung des  
hier erst in jüngerer Zeit begründeten „Vereins  
für Feuerbestattung“ wird am Mittwoch, den 11.  
d. Mts., im großen Saale des Konzerthauses Herr  
Apotheker C. Sack aus Berlin einen Vortrag  
über das Wesen der Feuerbestattung halten, der  
bei der Bedeutung, welche die Reform des Bestat-  
tungsmobus beanspruchen darf, reges Interesse  
wachzurufen geeignet erscheint. Die Theilnahme  
von Gästen ist erwünscht.

Die von den Schulverbänden zur Ruhe-  
gehalt-Kasse für die Lehrer und  
Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen  
des Regierungsbezirks Stettin aufzubringenden  
Beiträge belaufen sich für das Etatsjahr 1894/95  
auf 113 977 Mark. Davon entfallen auf die  
Schulverbände der Städte folgende Beiträge:  
Stettin 29 263,75 Mark, Anklam 1937,25 Mark,  
Ramin 809,75 Mark, Demmin 2388,25 Mark,  
Trepow a. L. 656 Mark, Zarnow 430,50 Mark,  
Neuharp 379,25 Mark, Pafewall 1085,50 Mark,  
Nedermünde 1906,50 Mark, Freienwalde 492  
Mark, Jabelshagen 297,25 Mark, Nörenberg  
502,25 Mark, Stargard 4469 Mark, Zachau  
266,50 Mark, Greifenberg 502,25 Mark, Trepow  
a. R. 1394 Mark, Greifenhagen 1978,25 Mark,  
Bahr 358,75 Mark, Fiddichow 512,50 Mark,  
Daber 533 Mark, Gollnow 1537,50 Mark,  
Maffow 727,75 Mark, Rangard 840,50 Mark, Pyritz  
1742,50 Mark, Rabes 1178,75 Mark, Plathe  
399,75 Mark, Regenwalde 522,75 Mark, Wan-  
gerin 358,75 Mark, Altkamm 809,75 Mark,  
Gars a. D. 1476 Mark, Grabow a. D. 1906,50  
Mark, Pentin 338,25 Mark, Pölitz 768,75 Mark.

Unlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums  
der hiesigen städtischen höheren Mädchenschule fand  
am Abend im Konzerthaus ein Festessen statt,  
an dem frühere Schülerinnen der Anstalt in reicher  
Zahl theilnahmen. Die Reihe der Toaste er-  
öffnete Herr Professor Dr. Haupt mit einem Hoch  
auf Ihre Majestäten den Kaiser und die Kaiserin,  
der begeisterten Wiederhall und einen Ausklang in  
der Nationalhymne fand. Herr Schulrath Dr.  
Krosta brachte ein Hoch aus auf die Anstalt, ihren  
Leiter und das Lehrkollegium, Herr Dr. Heben-  
hain auf die städtischen Behörden und die Ban-  
meister der Anstalt. Viel Interesse erregte es,  
daß unter den Theilnehmerinnen an der Festtafel  
auch Damen aus den frühesten Jahren des Be-  
stehens der Schule befanden und erregte ein Toast,  
den Herr Berg in Bezug auf die früheren  
Schülerinnen der Anstalt in launiger Weise aus-  
sprach, befandern Jubel. Unter Gesang- und  
Musikvorlesungen nahm auch dieser Theil der  
Festfeier einen schönen Verlauf, der allen Theil-  
nehmern noch lange eine angenehme Erinnerung  
bleiben dürfte.

Im Bibliothekszimmer des Konzerthauses  
fand gestern eine Vorbesprechung über die ge-  
plante Aufführung eines Gustav-Adolf-  
Festspiels statt und scheint dieselbe nach dem  
Ergebnis der Versammlung gesichert, da nam-  
hafte Vereine bereits ihre Mitwirkung zugesagt  
haben.

Am Montag Nachmittag findet im Reichs-  
garten das diesjährige Schauprogramm der  
Barbier- und Friseurkammer statt, bei dem die  
Angehörigen der Lehrlinge und andere Gäste will-  
kommen sind.

Zum Besen des Katharinen-Verbandes  
veranstaltet am Freitag, den 13. d. M., Fr. He-  
nrich Wilsch mit ihren Schülerinnen und unter  
Mitwirkung der Frau Gertrude Fischer, Fr. El-  
isabeth Wendt und des Violinvirtuosen Herrn C.  
Künner ein Konzert im Konzerthaus, dessen Pro-  
gramm Vorträge für Klavier und Violine, Chor-  
und Sololieder, sowie Duette und eine Delleation  
enthält, und mit Rücksicht auf das reiche Programm  
wie den guten Zweck zahlreichen Besuch verdient.  
Der Katharinen-Verband bewirkt die Unter-  
stützung hülfsbedürftiger Näherinnen und hat,  
wie der uns vorliegende Jahresbericht beweist,  
auch im letzten Jahre eine lebhafte Thätigkeit  
entwickelt.



